

Kleine Anfrage
der Abg. Gabriele Rolland SPD
und
Antwort
des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Zur Erweiterung der Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik im Kindes- und Jugendalter (KJP) des Universitätsklinikums Freiburg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Räumlichkeiten wurden für die Erweiterung der tagesklinischen Angebote der KJP geprüft?
2. Wie steht sie dazu, dass davon abgeraten wird, im Elternhaus in der Mathildenstraße weitere Plätze für die KJP einzurichten, weil das Haus direkt neben einer Bahnlinie steht?
3. Warum wird nicht erwogen, im Haus Feldberg in der Kinderklinik des Universitätsklinikums Freiburg weitere Behandlungsplätze für die KJP einzurichten?
4. Weshalb setzt sie sich nicht mit Nachdruck für den Plan ein, auf dem Gelände des Universitätsklinikums in der Hauptstraße einen Neubau zu errichten?
5. Weshalb schafft sie nicht die Voraussetzungen, dass ein privater Bauträger auf Landesgrund einen Neubau für die KJP errichtet – so wie es in Heidelberg ermöglicht wurde?

25.11.2025

Rolland SPD

Begründung

Die Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) des Universitätsklinikums Freiburg kann aufgrund fehlender räumlicher Ressourcen eine größere Anzahl an Betten und tagesklinischen Plätzen nicht in Betrieb nehmen. Wegen des großen Bedarfs an weiteren Behandlungsplätzen benötigt die KJP dringend zusätzliche Räumlichkeiten.

Laut Aussage des Ministers für Soziales, Gesundheit und Integration in einem Ministerbrief vom 29. Oktober 2025 wird in Betracht gezogen, dass im ehemaligen Elternhaus in der Mathildenstraße tagesklinische Behandlungsplätze eingerichtet werden. In der Kleinen Anfrage wird nachgefragt, ob die Landesregierung auch andere Lösungen erwägt bzw. warum sie dies nicht unternimmt.

Antwort

Mit Schreiben vom 18. Dezember 2025 Nr. MWK34-0141.5-30/65/3 beantwortet das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Abstimmung mit dem Ministerium für Finanzen und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Räumlichkeiten wurden für die Erweiterung der tagesklinischen Angebote der KJP geprüft?

Zu 1.:

Um die Versorgungsbedingungen zu verbessern wurde eine Machbarkeitsstudie für eine interimistische Lösung initiiert.

Im Rahmen dieser Machbarkeitsstudie wurden die zur Verfügung stehenden Gebäude auf dem Baufeld V (alte Kinderklinik) geprüft. Die Aufgabenstellung der Studie umfasste die Darstellung zwingend notwendiger Umbau- und Infrastrukturmaßnahmen für die Gewährleistung der Mindestanforderungen des Betriebs der kinder- und jugendpsychiatrischen Tageskliniken. Insgesamt wurden drei Varianten untersucht. Haus Feldberg und Haus Schauinsland sind aufgrund der abhängigen technischen Infrastruktur für eine Behandlung im tagesklinischen Setting nicht geeignet. Die dritte Variante sieht eine Unterbringung der Kinder- und Jugendpsychiatrie im ehemaligen Elternhaus sowie dem Hotel Stadt Freiburg vor.

2. Wie steht sie dazu, dass davon abgeraten wird, im Elternhaus in der Mathildenstraße weitere Plätze für die KJP einzurichten, weil das Haus direkt neben einer Bahnlinie steht?

Zu 2.:

Die dritte Variante berücksichtigt die Hinweise der Kinder- und Jugendpsychiatrie hinsichtlich möglicher Gefährdungen für Suizidale durch die angrenzende Bahnlinie, die das Baufeld V umschließt. Für nicht-suizidgefährdete Patientinnen und Patienten sieht diese Variante eine Unterbringung im Elternhaus vor. Für suizidgefährdete Patientinnen und Patienten ist eine Unterbringung in der sich im angemieteten Hotel Stadt Freiburg befindlichen Tagesklinik 2 der Kinder- und Jugendpsychiatrie vorgesehen. Zusätzlich wurden in der technischen Machbarkeitsstudie Möglichkeiten evaluiert, den Sichtbezug zur Bahnlinie zu minimieren und zusätzliche physische Trennungen zur Bahnlinie hin zu errichten.

3. Warum wird nicht erwogen, im Haus Feldberg in der Kinderklinik des Universitätsklinikums Freiburg weitere Behandlungsplätze für die KJP einzurichten?

Zu 3.:

Die Einrichtung weiterer Behandlungsplätze für die Kinder- und Jugendpsychiatrie im Haus Feldberg wurde geprüft. Eine Machbarkeitsprüfung ergab jedoch eine nicht ausreichende technische Infrastruktur für eine Behandlung in diesem Bereich. Die Implementierung einer Tagesklinik auf dieser begrenzten Fläche ist darüber hinaus aus Kostensicht nicht zu empfehlen. Im Vergleich zu Haus Feldberg ist es zudem möglich, im alten Elternhaus an der Mathildenstraße mehr Behandlungsplätze und die dafür notwendigen Räume zur unterstützenden Behandlung unterzubringen. Die Planungen der erforderlichen Umbauten wurden bereits begonnen.

4. Weshalb setzt sie sich nicht mit Nachdruck für den Plan ein, auf dem Gelände des Universitätsklinikums in der Hauptstraße einen Neubau zu errichten?

Zu 4.:

Am 5. Dezember 2025 hat der Finanzausschuss des Landtags im Rahmen der Beratungen über den Nachtrag zum Staatshaushalt 2025/2026 beschlossen, 40 Millionen Euro aus dem Landesanteil des Sondervermögens Infrastruktur des Bundes für den Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie des Universitätsklinikums Freiburg vorzusehen. Der Landtag hat diesen Beschluss in seiner Sitzung am 11. Dezember 2025 bestätigt und den Nachtragshaushalt entsprechend verabschiedet. Für eine Realisierung der Maßnahme stimmen sich das Universitätsklinikum Freiburg und Vermögen und Bau Freiburg nun eng ab.

5. Weshalb schafft sie nicht die Voraussetzungen, dass ein privater Bauträger auf Landesgrund einen Neubau für die KJP errichtet – so wie es in Heidelberg ermöglicht wurde?

Zu 5.:

Es ist kein Neubau für die Kinder- und Jugendpsychiatrie am Universitätsklinikum Heidelberg durch einen privaten Bauträger geplant. Vor der Umsetzung eines Neubaus durch einen privaten Bauträger wären umfangreiche liegenschaftliche Voraussetzungen zu prüfen. Mit Blick auf mögliche alternative Realisierungswege, insbesondere über Investorenmodelle, wird darauf hingewiesen, dass das Land solche Modelle in den vergangenen Jahren häufig aufgrund ungünstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht weiterverfolgt hat. Auch bieten sie regelmäßig keinen Beschleunigungseffekt. Die Vorbereitung und Durchführung ist zeitintensiv. Zudem bedürfen sie wie Eigenbaumaßnahmen einer Mittelbereitstellung durch den Haushaltsgesetzgeber und unterliegen den entsprechenden Vorlaufzeiten und finanzpolitischen Rahmenbedingungen.

Olschowski

Ministerin für Wissenschaft,
Forschung und Kunst